



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Brüssel, 30. Oktober 2002

PLENARTAGUNG

22., 23. UND 24. OKTOBER 2002

ÜBERSICHT ÜBER VERABSCHIEDETE STELLUNGNAHMEN

Der Volltext aller EWSA-Stellungnahmen ist in den 11 Amtssprachen auf der Website des Ausschusses unter folgender Adresse zu finden:

<http://www.esc.eu.int> (Rubrik "Documents")

I. NEUBESETZUNG DES AUSSCHUSSES UND WAHL DES PRÄSIDENTEN

Diese Sitzung stand im Zeichen der Neubesetzung des Ausschusses, dessen Mitglieder am 17. September 2002 vom Rat für den Zeitraum vom 21. September 2002 bis zum 20. September 2006 (siehe ABI. L 253 vom 21.9.2002) ernannt wurden. Ferner wählte der Ausschuss unter dem Vorsitz des ältesten Mitglieds ein neues Präsidium.

Herr Roger BRIESCH wurde mit 173 gegen 3 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen für eine Amtszeit von zwei Jahren zum Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses gewählt. Herr BRIESCH, 69, ist Gewerkschaftsvertreter aus Lothringen und bisheriger Vorsitzender der Gruppe der Arbeitnehmer des EWSA. Die Herren NIELSEN (Gruppe der Verschiedenen Interessen - DK) und FRERICHS (Gruppe der Arbeitgeber - D) wurden zu Vizepräsidenten des EWSA gewählt.

II. BERATENDE ARBEITEN

Im Rahmen der Arbeitssitzung verabschiedete der Ausschuss folgende Stellungnahmen, davon eine Sondierungsstellungnahme über die Verkehrssicherheit auf Ersuchen der Kommission.

- **Verkehrssicherheit**
Berichterstatteerin: Frau BREDIMA SAVOPOULOU (Arbeitgeber - GR)

Ref.: Sondierungsstellungnahme – CESE 1156/2002

Kernpunkte:

Der EWSA ist der Auffassung, dass auf internationaler Ebene Maßnahmen getroffen werden müssen, die neben der Beseitigung der Auswirkungen des Terrorismus und anderer Sicherheitsrisiken auch deren Ursachen berücksichtigen. Es müssen daher:

- *Schiffe, Luftfahrzeuge, Flughäfen und Hafeneinrichtungen entsprechend für die Eventualität terroristischer Anschläge oder sonstiger krimineller Vorhaben gerüstet werden;*
- *die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungen der Mitgliedstaaten (Einwanderungsbehörden, Zollbehörden, Flughafenbehörden und Hafenbehörden) verstärkt und die Abstimmung der Entscheidungsprozesse in internationalen Gremien und auf EU-Ebene verbessert werden, um mögliche Unvereinbarkeiten der entsprechenden Bestimmungen auszuschließen;*
- *die Sicherheitsbestimmungen einheitlich angewandt und diskriminierungsfrei durchgesetzt werden und außerdem einen möglichst reibungslosen Warenfluss gestatten;*
- *die neuen Sicherheitsmaßnahmen mit den damit verfolgten Zielen, ihren Kosten und ihren Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen; sie sollten weder die persönlichen Rechte der Bürger noch die verfassungsmäßige Ordnung der Mitgliedstaaten beeinträchtigen.*

Was die **Finanzierung der Verkehrssicherheit** betrifft, die derzeit von den einzelnen Ländern unterschiedlich gehandhabt wird, ist der EWSA der Auffassung, dass hier ein

einheitlicheres Vorgehen in der EU angebracht ist, und dass die Regierungen einvernehmlich eine umfassende Strategie entwickeln sollten, die es erlaubt, ein Höchstmaß an Sicherheit im See- und Luftverkehr zu garantieren und zu finanzieren.

Ansprechpartner: Herr Luis Lobo (Tel.: +32 2 546 9717 - E-mail: Luis.Lobo@esc.eu.int)

*
* *

- **Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Annahme eines Mehjahresprogramms (2003-2005) zur Überwachung und Beobachtung von eEurope, zur Verbreitung empfehlenswerter Verfahren und Verbesserung der Netz- und Informationssicherheit (MODINIS)**

Berichtersteller: Herr RETUREAU (Arbeitgeber - F)

Ref.: KOM(2002) 425 endg. – 2002/0187 CNS – CESE 1157/2002

Kernpunkte:

Der EWSA unterstützt das Programm MODINIS in vollem Umfang.

Er befürwortet die vergleichende Leistungsbewertung (Benchmarking) als gemeinsamen Analysemechanismus, der für alle Studien und Maßnahmen im Bereich der Wissensgesellschaft notwendig ist.

Der EWSA unterstützt die Entscheidung, der Entwicklung von Breitbandnetzen im Programm Vorrang einzuräumen. Er ist ferner der Ansicht, dass die Erleichterung des Zugangs der europäischen Bürger zu Breitbandnetzen unbedingt erforderlich ist. Dieser Zugang sollte als Leistung der Daseinsvorsorge erkannt werden, die im gesamten Gemeinschaftsgebiet zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung stehen müsste.

Der Ausschuss empfiehlt, im Rahmen des Programms nicht nur eindringlich auf Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Informationsnetzen aufmerksam zu machen, sondern auch zu versuchen, die erforderliche Informations- und Netzsicherheit mit der Wahrung der Rechte und Freiheiten der Bürger und Benutzer in Einklang zu bringen.

Ansprechpartner: Herr Raffaele Del Fiore (Tel.: +32 2 546 9794 -
E-mail: Raffaele.delfiore@esc.eu.int)

*
* *

- **Drogenabhängigkeit**

Hauptberichterstatlerin: Frau LENOUIL-MARLIÈRE (Arbeitnehmer – F)

Ref.: KOM(2002) 201 endg. – 2002/0098(CNS) – CESE 1159/2002

Kernpunkte:

Der EWSA nimmt zur Kenntnis, dass die Empfehlung das Ziel verfolgt, die gesundheitsschädlichen Folgen des Drogenmissbrauchs zu verringern, dabei insbesondere auf Information und Risikoprävention sowie auf spezifische Maßnahmen zur Nachfragereduzierung abstellt, nicht jedoch auf die Angebotsverringern. Der Ausschuss bedauert, dass die in der Empfehlung festgelegten Ziele keine horizontale Dimension haben. Diese würde es ermöglichen, Synergieeffekte bei den in den verschiedenen Bereichen (Gesundheitswesen, Polizei, Bildung, Soziales und Beschäftigung) durchgeführten Maßnahmen zu erzielen.

Die Risikofaktoren entwickeln sich ständig weiter, und die jeweiligen Schutzmaßnahmen müssen entsprechend angepasst werden.

Die Prävention und die Maßnahmen zur Bekämpfung von Abhängigkeiten können Bestandteil der Programme zu Gesundheitsschutz und Hygiene am Arbeitsplatz werden. Unternehmen sind nicht unbedingt Orte, von denen Risiken der Drogenabhängigkeit ausgehen, aber sie können Orte sein, an denen sich diese Abhängigkeiten dauerhaft manifestieren. Die Sozialpartner sowie die traditionellen Akteure im Bereich Gesundheit und Soziales sollten nötigenfalls an der Umsetzung der der Prävention oder der Wiedereingliederung suchtkranker Arbeitnehmer dienender Programme beteiligt werden.

Ansprechpartnerin: Frau Stefania Barbesta

(Tel.: +32 2 546 95 10 - E-Mail: stefania.barbesta@esc.eu.int)

*

* *

- **Maßnahmen bei außergewöhnlichen Naturkatastrophen in den Beitrittsländern**

Hauptberichterstatler: Herr KIENLE (Arbeitgeber - D)

Ref.: KOM(2002) 519 endg. – 2002/0227 CNS – CESE 1161/2002

Kernpunkte:

Der Ausschuss befürwortet den Vorschlag als sinnvolle Ergänzung zum Vorschlag der Kommission zur Errichtung eines Solidaritätsfonds der Europäischen Union im Falle von Naturkatastrophen.

Andererseits bedauert der Ausschuss die enormen Anlaufprobleme und administrativen Schwierigkeiten bei der Umsetzung von SAPARD.

Ansprechpartnerin: Frau Georgine Willems

Tel.: +32 2 546 94 71 - E-mail: georgine.willems@esc.eu.int)

*
* *
*

- ***Solidaritätsfonds der Europäischen Union***
Berichterstatter: Herr KIENLE (Arbeitgeber - D)

Ref.: KOM(2002) 514 endg. – 2002/0228 (CNS) – CESE 1158/2002

Kernpunkte:

Der Ausschuss befürwortet den Vorschlag der Kommission. Er empfiehlt die Festlegung eindeutiger Kriterien für den Anspruch auf Auszahlungen aus dem Solidaritätsfonds. Der Ausschuss anerkennt die Notwendigkeit einer zusätzlichen Unterstützung aus anderen finanziellen Gemeinschaftsinstrumenten und betont, wie wichtig die Prävention von Überschwemmungsrisiken ist.

Ansprechpartner: *Herr Roberto Pietrasanta*
(Tel.: +32 2 546 93 13 - E-mail: roberto.pietrasanta@esc.eu.int)

*
* *
*

- ***Ermäßigte MwSt-Sätze – Arbeitsintensive Dienstleistungen***
Berichterstatter: Herr LADRILLE (Arbeitnehmer - B)

Ref.: KOM(2002) 525 endg. – 2002/0230 (CNS) – CESE 1160/2002

Kernpunkte:

Der Ausschuss befürwortet den Kommissionsvorschlag.

Ansprechpartner: *Herr Roberto Pietrasanta*
(Tel.: +32 2 546 93 13 - E-mail: roberto.pietrasanta@esc.eu.int)
